

## **Antrag**

der Abgeordneten Mag. Georg Ecker, MA, Dr.<sup>in</sup> Helga Krismer-Huber und Mag.<sup>a</sup> Silvia Moser

### **betreffend Nein zu Atommüll-Endlagern – Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag**

In Österreich gibt es eine breite Zustimmung zur Anti-Atom-Politik des Bundes und der Länder. In der Zivilgesellschaft gibt es nach wie vor das klare Ansinnen, dass Österreich aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen soll. Rechtliche Prüfungen ergaben immer wieder, dass es sehr wohl möglich ist, aus diesem völkerrechtlichen Vertrag auszusteigen.

Niederösterreich hat das Selbstverständnis einer selbstbewussten Region der EU. Daher wird aktive Anti-Atompolitik gemacht, wenn grenznahe Atomkraftwerke gebaut bzw. aufgerüstet werden. Alle juristische Mittel werden ausgeschöpft. Dennoch fließen auch niederösterreichische Steuergelder jährlich an EURATOM (Österreich ca. Euro 40 Mio.). Für diese vertraglichen Transfergelder gibt es keine mehrheitliche Zustimmung mehr in Niederösterreich, daher muss der Vertrag zu EURATOM aufgekündigt werden. Durch die Beibehaltung des EURATOM-Vertrags würde österreichisches Steuergeld verwendet, um sowohl neue Atomkraftwerke zu bauen als auch Endlager wie jene, die nahe der niederösterreichischen Grenze in der Tschechischen Republik geplant sind, zu errichten. Aufgrund der hohen Gefahr, die von neuen Atommeilern sowie den Endlagern ausgeht, sind diese klar abzulehnen. Eine Co-Finanzierung neuer Atomkraftwerke sowie der Endlager durch österreichische Steuermittel muss umgehend gestoppt werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. „Der NÖ Landtag bekräftigt seine Forderungen zu einer strikten Anti-Atom Politik und spricht sich eindeutig gegen die Planung und Errichtung eines Atommüll-Endlagers in Grenznähe aus.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung als dafür zuständige Gebietskörperschaft darauf zu drängen, dass umgehend alle rechtlichen Möglichkeiten und Schritte unternommen werden, damit es zu keiner Errichtung von grenznahen Atommüll-Endlagern kommt und der Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, der auch zur Förderung dieser Endlager-Stätten dient, vorgenommen wird.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem UMWELT-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.